

# NEWSLETTER

FÜR OLDENBURG UND DAS AMMERLAND.



## — Untersuchungsausschuss zu Beraterverträgen kommt

Aufarbeitung geht im Januar weiter

Seit dem 12. Dezember steht es fest: Bundesministerin Ursula von der Leyen muss sich einem Untersuchungsausschuss stellen. Grund dafür sind die vielen Ungereimtheiten und ungeklärten Sachverhalte der seit Ende August öffentlich bekannten Affäre um externe Berater im Bundesverteidigungsministerium (BMVg).

Bis zuletzt hatten der Haushaltsausschuss und der Verteidigungsausschuss Befragungen von Angehörigen des BMVg und auch von Ministerin von der Leyen durchgeführt. Jedoch wandte das BMVg die Salami-Taktik an, gab Informationen nur auf Nachfrage preis und stellte Akten zur Einsicht erst gar nicht und schließlich nur in der Geheimschutzstelle des Bundestages zur Verfügung.

Dieses Vorgehen erschwerte eine zügige Aufklärung und Einordnung der Misstände. Zudem schlug die ehemalige Staatssekretärin Suder eine Einladung der Opposition zur Befragung vor dem Verteidigungsausschuss aus und stellte sich den Fragen der Parlamentarier nur schriftlich. Frau Suder könnte nach aktuellem Kenntnisstand eine wesentliche Rolle bei der freihändigen Vergabe von Aufträgen an externe Berater spielen. Ihre Befragung war demnach ein essentielles Anliegen der Parlamentarier. Deswegen nimmt im Januar ein Untersuchungsausschuss seine Arbeit auf, um in Ruhe und in großer Sorgfalt alle Einsätze von externen Beratern und deren Tätigkeiten im Bundesverteidigungsministerium zu untersuchen.

*Moin!*

2018 war ein Jahr voller politischer Verwerfungen. Das begann bei dem schwierigen Weg von der Opposition in die Regierungsverantwortung und setzte sich bei umkämpften Landtagswahlen und Auseinandersetzungen innerhalb der Koalition fort. Für mich und sicherlich auch für euch war das auch ganz schön anstrengend. Ich hoffe, dass die große Koalition jetzt ruhiger und geschlossener regiert und sich nicht in unnötigem Streit blockiert. Die „Friedensdividende“ sind zahlreiche neue Gesetze, die unser Land solidarischer machen, die Zusammenhalt stärken und mehr Gerechtigkeit schaffen. Einiges davon stelle ich euch in diesem Newsletter vor.

Aktuelle Infos zum Untersuchungsausschuss zu den Beraterverträgen im Bundesverteidigungsministerium findet ihr links, eine Einführung in die Arbeitsweise eines U-Ausschusses auf S. 2. Auf S. 4 berichte ich von meiner jüngsten Besuchergruppe und rufe zur Bewerbung auf die Teilnahme am Jugendmedienworkshop auf.

Ich wünsche euch ein frohes neues Jahr und uns allen ein gutes, politisch erfolgreiches 2018!

*Ever 1015*

# Wichtige SPD-Gesetze sind zum Jahreswechsel in Kraft getreten

## Stärkung des Sozialstaats

Zum 01. Januar 2019 sind gleich vier Gesetze aus dem Bereich Arbeit und Soziales in Kraft getreten, die den Sozialstaat stärker machen und spürbare Verbesserungen bringen:

Mit der Einführung der Brückenteilzeit sorgen wir dafür, dass weniger Frauen in der „Teilzeitfalle“ gefangen sind: Ab dem 01. Januar haben viele das Recht, auf eigenen Wunsch und ganz ohne Begründung in Teilzeit zu kommen – und zwar zwischen einem und bis zu fünf Jahre. Das Rückkehrrecht stellt sicher, dass sie anschließend wieder zur ursprünglichen Arbeitszeit zurückkehren können.

Mit Beginn des neuen Jahres tritt zudem das Qualifizierungschancengesetz in Kraft. Beschäftigte erhalten dadurch die Möglichkeit auf eine umfassende Weiterbildungsförderung durch die Bundesagentur für Arbeit, sowohl für Lehrgangskosten als auch in Form von Lohnkostenzuschüssen. Denn im digitalen Wandel soll jede/r den Anschluss an die neusten Entwicklungen behalten können.

Der flächendeckende soziale Arbeitsmarkt, den wir mit dem Teilhabechancengesetz einführen, bietet Langzeitarbeitslosen neue und vor allem langfristige Chancen auf eine

sozialversicherungspflichtige Beschäftigung. Neben einem beschäftigungsbegleitenden Coaching für Arbeitgeber und Teilnehmende ermöglichen wir Lohnkostenzuschüsse an Arbeitgeber – und zwar bis zur Höhe des Tariflohns.

Zum 1. Januar tritt der Rentenpakt und damit ein Neustart der Rente in Kraft. Wir geben eine gesetzliche Beitragsatzgarantie von maximal 20% und garantieren bis 2025 ein Rentenniveau von 48%. Das schafft Sicherheit nicht nur für jene Menschen, die bereits jetzt in Rente sind, sondern auch für die jüngeren Generationen.



## HINTER DEN KULISSEN

# Das macht ein Untersuchungsausschuss

## So klärt das Parlament strittige Vorgänge auf

Ein Untersuchungsausschuss bietet Parlamenten die Möglichkeit, selbstständige Untersuchungen von Sachverhalten im Zuständigkeitsbereich der Regierung oder Exekutive durchzuführen und somit Missstände aufzudecken und die Behebung dieser zu kontrollieren. Dieser Ausschuss dient dem Zweck, in öffentlicher Verhandlung die erforderlichen Beweise für eine umfassende Untersuchung zu erheben. Die Öffentlichkeit kann von diesen Beratungen teilweise oder ganz ausgeschlossen werden.

In Deutschland regelt Artikel 44 des Grundgesetzes, dass das Parlament das Recht und auf Antrag eines Viertels seiner Mitglieder die Pflicht hat, einen parlamentarischen Untersuchungsausschuss einzusetzen. In Bezug auf das Gebiet der Verteidigung hat jedoch der zuständige Ausschuss ein eigenes Recht auf einen Untersuchungsausschuss, der sich personell mit den Mitgliedern des Verteidigungsausschusses deckt und nicht-öffentlich tagt. Der U-Ausschuss kann so im Zuge seiner Ermittlungen umfangreiche Einsicht in

sicherheitsrelevante Akten fordern, Zeugen vorladen und unter Eid vernehmen. Die Untersuchung ist zeitlich nicht beschränkt und kann von einigen Monaten bis hin zu einer ganzen Legislaturperiode andauern.

Die Opposition wird nun einen Fahrplan für die Untersuchung der Berateraffäre im Bundesverteidigungsministerium vorlegen. Dann ist klar, ob es ein parlamentarischer Untersuchungsausschuss (PUA) wird oder ein eigenständiger UA des Verteidigungsausschusses.





03. Dezember – Beim SSV Gristede habe ich mich über die Ausbaupläne des Sportvereins informiert und über Fördermöglichkeiten gesprochen.



03. Dezember – In Oldenburg habe ich mit den SPD-Ortsvereinen Oldenburg Nord-West und Evers-ten über die Erneuerung der Partei diskutiert.



05. Dezember – Mit Bürgermeister Matthias Huber und Pastor Peter Kunst habe ich über die Sanierung des Glockenturms in Apen gesprochen.



06. Dezember – Auf der Mitgliederversammlung der SPD Oldenburg Mitte-Nord & Donnerschwee habe ich über die Lage in Berlin informiert.

## Mehr Qualität, weniger Gebühren

### Bundestag beschließt Gute-Kita-Gesetz

Im Dezember hat der Bundestag das Gute-Kita-Gesetz von SPD-Familienministerin Franziska Giffey verabschiedet. Das Paket sieht unter anderem vor, die Qualität zu verbessern und die Gebührenfreiheit, gerade auch für Familien mit geringem Einkommen, auszuweiten. Grundlage ist ein Baukasten von zehn unterschiedlichen Maßnahmen zur Verbesserung der Kita-Qualität, aus denen die Länder auswählen können. Zum Beispiel mehr Erzieherinnen und Erzieher, qualifizierte Fachkräfte, hochwertige Mittagessen, sprachliche Bildung,

kindgerechte, schön gestaltete Räume oder längere Öffnungszeiten. Das hilft jedem einzelnen Kind und stärkt das Vertrauen der Eltern.

Familien, die Wohngeld, Kinderzuschlag, Hartz IV, Sozialhilfe oder Asylbewerberleistungen erhalten, sollen mit dem Gesetz unbürokratisch von den Gebühren befreit werden. Damit werden vor allem Familien mit geringerem Einkommen unterstützt.

Für das Gute-Kita-Gesetz stellt der Bund bis zum Jahr 2022 insgesamt

5,5 Milliarden Euro zur Verfügung. Damit das Geld dort ankommt, wo es gebraucht wird, sollen mit jedem Bundesland einzeln und zielgenau Verträge geschlossen werden. Darin soll unter anderem festgehalten werden, wie Qualitätsverbesserungen in der Kindertagesbetreuung bzw. die Entlastung von Eltern bei den Gebühren erreicht werden sollen. Auf diese Weise trägt das Gesetz Schritt für Schritt zur Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse in ganz Deutschland bei. Das ist Politik für ein solidarisches Land.





Foto: Bundesregierung / Atelier Schneider

## — Informationsfahrt nach Berlin

### Politisch Interessierte lernen Arbeit des Parlaments kennen

Vom 03. bis zum 06. Dezember hat eine Gruppe von politisch Interessierten aus Oldenburg und dem Ammerland mich in Berlin besucht. Dabei habe ich die Besucherinnen und Besucher selbst durch die Parlamentsgebäude geführt, ihnen im Gespräch meine Arbeit und die Arbeitsweise des Bundestages erläutert und natürlich auch Rede und Antwort gestanden. Für mich gehören diese Gespräche immer zu den Highlights meiner Arbeit als Abgeordneter, denn ich erlebe von den Besucherinnen und Besuchern immer viel Interesse daran und Begeisterung dafür, wie unsere Demokratie funktioniert.

Auch außerhalb des Bundestages gab es für die viertägige Fahrt ein umfangreiches Programm, das in die Berliner Politik und die Geschichte unserer Hauptstadt einführte. So haben die politisch Interessierten etwa das Bundesministerium der Verteidigung (BMVg) und die Vertretung des Landes Niedersachsen beim Bund kennengelernt. Auch ein Blick in die dunklen Seiten der deutschen Geschichte war mit einem Besuch des Dokumentationszentrums „Topographie des Terrors“, des Denkmals für die ermordeten Juden Europas und des Stasi-Museums in Berlin-Lichtenberg dabei.

## — Die Buchpreisbindung muss erhalten bleiben

### Antrag im Parlament eingebracht

Bücher haben eine ganz besondere Bedeutung. Buchhandlungen verkaufen nicht nur irgendein Produkt, sondern leisten einen wichtigen Beitrag zur demokratischen Bildung und sind Zentren des Kulturlebens vor Ort. Deswegen gibt es die Buchpreisbindung. Diese verbietet seit 1988 ein Über- oder Unterschreiten des vom Verlag vorgegebenen Buchpreises und verhindert so, dass große Anbieter wie z.B. Supermärkte die unabhängigen Buchhändler durch Rabattschlachten untergraben.

Die unabhängige Monopolkommission hat nun in ihrem Sondergutachten Nr. 80 empfohlen, die Buchpreisbindung abzuschaffen. Das machen wir jedoch nicht mit. Zusammen mit dem Koalitionspartner haben wir mit einem Antrag die Bundesregierung dazu aufgefordert, dieser Empfehlung nicht zu folgen und sich weiterhin auch auf europäischer Ebene für den Erhalt der Buchpreisbindung einzusetzen. Zudem wollen wir die Vielfalt und Stärke des Kulturgutes Buch noch deutlicher hervorheben.

Beim Jugendmedienworkshop des Deutschen Bundestages lernen 30 ausgewählte Nachwuchsjournalistinnen und -journalisten vom 31. März bis 06. April 2019 die Hauptstadtreaktionen und das Parlament kennen und diskutieren 100 Jahre nach der Einführung des Frauenwahlrechts unter dem Motto „Das unsichtbare Geschlecht – Wie gleichberechtigt ist unsere Gesellschaft?“.

Die Einführung des Frauenwahlrechts vor 100 Jahren war ein wichtiger Schritt beim Aufbau der Demokratie. Deswegen freue ich mich, dass beim Jugendmedienworkshop junge Menschen die Debatten mitgestalten können.

Im Rahmen des Programms werden die Teilnehmerinnen und Teilnehmer dabei in einer Redaktion hospitieren, mit Abgeordneten des Deutschen Bundestages diskutieren, eine Plenarsitzung besuchen und an der Erstellung einer eigenen Zeitung mitarbeiten. Teilnahmeberechtigt sind Jugendliche im Alter von 16 bis 20 Jahren. Bewerben kann man sich bis zum 20. Januar unter [www.jugendpresse.de/bundestag](http://www.jugendpresse.de/bundestag).

**DIREKT GEWÄHLT -  
DIREKT ANSPRECHBAR!**

#### **Berliner Büro**

Postanschrift:  
Dennis Rohde MdB  
Platz der Republik 1, 11011 Berlin  
Telefon: 030 227 72 800  
E-Mail: [dennis.rohde@bundestag.de](mailto:dennis.rohde@bundestag.de)

#### **Wahlkreisbüro Oldenburg**

Postanschrift:  
Dennis Rohde MdB  
Huntestraße 23, 26135 Oldenburg  
Telefon 0441 99 86 76 01  
E-Mail: [wahlkreis@dennis-rohde.de](mailto:wahlkreis@dennis-rohde.de)

@ [www.dennisrohde.de](http://www.dennisrohde.de)

f [facebook.com/dennis.rohde](https://facebook.com/dennis.rohde)

t [twitter.com/dennisrohde](https://twitter.com/dennisrohde)